

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

19.4.2007

PE 388.350v01-00

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1-62

Entwurf eines Berichts

(PE 386.540v01-00)

Elisa Ferreira

Wettbewerbspolitik 2005
(2007/0000(INI))

Entschließungsantrag

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 1

Bezugsvermerk 13

- *unter Hinweis auf seine Entschließung vom 27. April 2006 zu den sektorbezogenen Aspekten des Aktionsplans im Bereich staatliche Beihilfen: Innovationsbeihilfen (2006/2044(INI)) und das Arbeitsdokument der Dienststellen der Kommission zu einem Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation vom September 2006,*

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 2

Bezugsvermerk 17 a (neu)

- *unter Hinweis auf seine Entschließung vom 22. Februar 2005 zu staatlichen Beihilfen als Ausgleich für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (2004/2186(INI)),*

Or. en

AM\662451DE.doc

PE 388.350v01-00

Änderungsantrag von Jonathan Evans

Änderungsantrag 3
Ziffer 1

1. begrüßt die Maßnahmen der Kommission zur Modernisierung der Wettbewerbspolitik, insbesondere ihr energischeres Vorgehen bei der Kartellbekämpfung, **das** erneute **Angehén unzulässiger** staatlicher Beihilfen (**Streichung**) und die Einleitung branchenspezifischer Untersuchungen; beglückwünscht die Kommission zu den Maßnahmen, die sie im Hinblick auf ein besseres Funktionieren des Europäischen Wettbewerbsnetzes (EWN) getroffen hat;

Or. en

Änderungsantrag von Elisa Ferreira

Änderungsantrag 4
Ziffer 1

1. begrüßt die Maßnahmen der Kommission zur Modernisierung der Wettbewerbspolitik, insbesondere ihr energischeres Vorgehen bei der Kartellbekämpfung, die erneute Ausrichtung der staatlichen Beihilfen auf bestimmte Ziele und die Einleitung branchenspezifischer Untersuchungen; beglückwünscht die Kommission zu den Maßnahmen, die sie im Hinblick auf ein besseres Funktionieren des Europäischen Wettbewerbsnetzes (EWN) getroffen hat; **beglückwünscht die Kommission zu ihren Leistungen im Bereich der multi- und bilateralen Zusammenarbeit und fordert weitere Fortschritte bei ihren Maßnahmen im Hinblick auf die internationale Konvergenz der Wettbewerbspolitik;**

Or. en

Änderungsantrag von Sahra Wagenknecht

Änderungsantrag 5
Ziffer 1

1. **weist darauf hin, dass sich die Konzentration in zahlreichen Branchen in den letzten Jahren massiv beschleunigt hat mit negativen Folgen für Verbraucher, Beschäftigte und kleine und mittelständische Unternehmen; fordert daher ein sehr viel energischeres Vorgehen der Kommission bei der Kartellbekämpfung sowie die Abkehr von einer Politik, die sich in erster Linie am Ziel der Förderung europäischer „Champions“ orientiert;**

Or. de

Änderungsantrag von Sahra Wagenknecht

Änderungsantrag 6
Ziffer 1 a (neu)

1a. kann in der Politik der Kommission nicht den Willen erkennen, ernsthaft gegen die sich beschleunigende Herausbildung von marktbeherrschenden Unternehmen vorzugehen; weist darauf hin, dass die Entscheidungen zur Marktöffnung und Deregulierung eine Privatisierungs- und Fusionswelle befördert haben, die vor allem in Dienstleistungsbranchen zur Herausbildung privater Monopole geführt hat; sieht in der Tatsache von mehr als 20.000 Transaktionen mit einem bezifferten Wert von gut 700 Mrd. Euro im Jahr 2005, und damit doppelt so vielen Fusionen wie während des New-Economy-Booms in den 90er Jahren, den eklatanten Beweis für das Scheitern der Wettbewerbspolitik der Kommission;

Or. de

Änderungsantrag von Sahra Wagenknecht

Änderungsantrag 7
Ziffer 1 b (neu)

1b. zeigt sich besorgt über die rapide Zunahme alternativer Investitionsvehikel (Hedgefonds und private Beteiligungspositionen), die zu Systemrisiken, einem immer stärkeren Leverage-Effekt und einem Anstieg der Schuldenquoten für Unternehmen sowie dazu führen, dass andere Finanzinstitute hohen Risiken ausgesetzt sind, kritisiert, dass diese Institute mit Absicht völlig undurchschaubar gestaltet sind, damit andere Investoren keine Informationen über ihre Strategien erhalten, und fordert die Kommission auf, hier regelnd aktiv zu werden;

Or. de

Änderungsantrag von Sahra Wagenknecht

Änderungsantrag 8
Ziffer 2

2. befürchtet, dass der Übergang von einem regelungsbasierten Ansatz zu einem ökonomisch basierten Ansatz in der Wettbewerbspolitik dazu führt, dass klare Maßstäbe zur Messung von Konzentration in einzelnen Branchen verloren gehen, begrüßt die Strategie der branchenspezifischen Untersuchungen, die der geschäftlichen Wirklichkeit näher kommt, vor allem was die Finanzdienstleistungen und die Energiesektoren betrifft; betont ferner, dass diese Untersuchungen Licht in die derzeitige Situation und die gegenwärtigen Trends der Wirtschaftszweige bringen und

eine vorwärts gewandte Politik fördern dürften;

Or. de

Änderungsantrag von Benoît Hamon

Änderungsantrag 9
Ziffer 2 a (neu)

2a. vertritt die Auffassung, dass die Wettbewerbspolitik weder in Europa noch in den Mitgliedstaaten die Durchführung von Maßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen nach dem Vorbild des Gesetzes zur Förderung von Kleinunternehmen („Small Business Act“) in den Vereinigten Staaten verhindern sollte, das es insbesondere erlaubt, den amerikanischen KMU einen Teil der öffentlichen Aufträge vorzubehalten;

Or. fr

Änderungsantrag von Sahra Wagenknecht

Änderungsantrag 10
Ziffer 5

5. wiederholt, was die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) betrifft, angesichts der beträchtlichen Unterschiede in Bezug auf die Politiken und Konzepte der einzelnen Mitgliedstaaten seine Forderung nach weiteren Fortschritten bei der Präzisierung der Konzepte und der praktischen Anwendung der geltenden Wettbewerbsvorschriften; **hält es für entscheidend, dass dabei die Bestimmung des Artikels 16 des EG-Vertrags zur Grundlage genommen wird, wonach die Mitgliedstaaten unbeschadet der Bestimmungen über die Beihilfepolitik "dafür Sorge tragen, dass die Grundsätze und Bedingungen für das Funktionieren dieser Dienste so gestaltet sind, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können", was bedeutet, dass, wenn Daseinsvorsorge im Wettbewerb erfolgen soll, es dem Träger der öffentlichen Verantwortung möglich sein muss, selbst zu definieren, was das Ziel des Wettbewerbs ist;**

Or. de

Änderungsantrag von Heide Rühle and Alain Lipietz

Änderungsantrag 11
Ziffer 5

5. wiederholt, was die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse

(DAWI) betrifft, angesichts der beträchtlichen Unterschiede in Bezug auf die Politiken und **Definitionen** der einzelnen Mitgliedstaaten seine Forderung nach **einer** weiteren Präzisierung der Konzepte **zur Unterscheidung zwischen den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI), den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) und den sonstigen Dienstleistungen sowie zur Feststellung, ob und inwieweit die EU-Vorschriften für den Binnenmarkt Anwendung finden; bekräftigt seine Überzeugung, dass im Mitentscheidungsverfahren ein Rahmeninstrument für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse beschlossen werden sollte, das unter umfassender Wahrung des Subsidiaritätsprinzips die staatlichen Behörden in die Lage versetzt, die Prävalenz des allgemeinen Interesses gegenüber den Wettbewerbsregeln sicherzustellen sowie Bedingungen für die Gewährleistung der Qualität, Verfügbarkeit, Sozialstandards, territorialen Kohäsion und Vereinbarkeit mit Umweltauflagen festzulegen und zu überwachen;**

Or. en

Änderungsantrag von Jonathan Evans

Änderungsantrag 12

Ziffer 5

5. wiederholt, was die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) betrifft, angesichts der beträchtlichen Unterschiede in Bezug auf die Politiken (**Streichung**) der einzelnen Mitgliedstaaten seine Forderung nach weiteren Fortschritten bei der Präzisierung (**Streichung**) und der praktischen Anwendung der geltenden Wettbewerbsvorschriften;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 13

Ziffer 5

5. wiederholt, was die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) betrifft, angesichts der beträchtlichen Unterschiede in Bezug auf die Politiken und Konzepte der einzelnen Mitgliedstaaten seine Forderung nach weiteren Fortschritten bei der Präzisierung (**Streichung**) der geltenden Wettbewerbsvorschriften und **ihrer** praktischen Anwendung;

Or. en

Änderungsantrag von Benoît Hamon

Änderungsantrag 14
Ziffer 5

5. wiederholt, was die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) betrifft, angesichts der beträchtlichen Unterschiede in Bezug auf die Politiken und Konzepte der einzelnen Mitgliedstaaten seine Forderung nach weiteren Fortschritten bei der Präzisierung der Konzepte und der praktischen Anwendung der geltenden Wettbewerbsvorschriften; **fordert in diesem Zusammenhang die Kommission auf, eine Rahmenrichtlinie über die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse vorzuschlagen;**

Or. fr

Änderungsantrag von Jonathan Evans

Änderungsantrag 15
Ziffer 6

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 16
Ziffer 6

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Gunnar Hökmark

Änderungsantrag 17
Ziffer 6

6. begrüßt angesichts der unterschiedlichen Regulierungstraditionen, des unterschiedlichen Grades der Beteiligung der Zivilgesellschaft und der unterschiedlichen Durchsetzungskapazitäten in den verschiedenen Mitgliedstaaten eine weitere Präzisierung der **Bedingungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen** und die verbesserte **Öffnung für den grenzüberschreitenden Wettbewerb** im Falle der DAWI **bei strikter Einhaltung der EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen;**

Änderungsantrag von Sahra Wagenknecht

Änderungsantrag 18
Ziffer 6

6. begrüßt angesichts der unterschiedlichen Regulierungstraditionen, des unterschiedlichen Grades der Beteiligung der Zivilgesellschaft und der unterschiedlichen Durchsetzungskapazitäten in den verschiedenen Mitgliedstaaten eine weitere Präzisierung *der Beihilfepolitik, die diesen unterschiedlichen Traditionen gerecht wird*;

Or. de

Änderungsantrag von Sahra Wagenknecht

Änderungsantrag 19
Ziffer 9

entfällt

Or. de

Änderungsantrag von Heide Rühle and Alain Lipietz

Änderungsantrag 20
Ziffer 9

9. äußert sich besorgt über die übermäßigen Verzögerungen bei den Verfahren zur Wiedereinziehung der von mehreren Mitgliedstaaten gewährten unzulässigen staatlichen Beihilfen; betont, dass eine unzureichende Durchsetzung der Vorschriften in diesem Bereich die Wettbewerbsneutralität schwer beeinträchtigen kann; ***betont außerdem, dass staatliche Beihilfen, die nicht mit der Lissabon-Göteborg-Strategie in Einklang stehen oder keine andere Wirkung haben als die Steigerung privater Gewinne, künftig gezielt angegangen und verringert werden sollten***;

Or. en

Änderungsantrag von Elisa Ferreira

Änderungsantrag 21
Ziffer 9 a (neu)

9a. begrüßt die Übernahme der EU-Vorschriften für die Wettbewerbspolitik seitens der neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und empfiehlt eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Qualität der Umsetzung derartiger Vorschriften;

Or. en

Änderungsantrag von Elisa Ferreira

Änderungsantrag 22
Ziffer 9 b (neu)

9b. vermerkt die entscheidende Rolle, die eine geeignete Wettbewerbspolitik im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele der Lissabon-Agenda spielen kann; weist darauf hin, dass diese Rolle gestärkt werden kann, wenn sie adäquat mit der Kohäsionspolitik gekoppelt wird;

Or. en

Änderungsantrag von Gunnar Hökmark

Änderungsantrag 23
Ziffer 10

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Jonathan Evans

Änderungsantrag 24
Ziffer 10

10. weist darauf hin, dass neue Formen der Wettbewerbsverzerrung zwischen europäischen Firmen, **auch durch** missbräuchlichen Einsatz billiger, hoch qualifizierter Arbeitskräfte (**Streichung**) **mittels Verträgen** beobachtet werden müssen (**Streichung**);

Or. en

Änderungsantrag von Pervenche Berès

Änderungsantrag 25
Ziffer 10 a (neu)

10a. *ersucht die Kommission, die Wirkung bestimmter Besteuerungspraktiken auf den Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten insbesondere hinsichtlich der Unternehmen aufmerksam zu prüfen;*

Or. fr

Änderungsantrag von Pervenche Berès

Änderungsantrag 26
Ziffer 10 b (neu)

10b. *vertritt die Auffassung, dass einige der von bestimmten schweizerischen Kantonen angewandten Besteuerungspraktiken staatliche Beihilfen darstellen, die dem Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 22. Juli 1972 entgegenstehen und den Wettbewerb verfälschen, und ersucht die Mitgliedstaaten, ein klar umrissenes Verhandlungsmandat für die Kommission festzulegen;*

Or. fr

Änderungsantrag von Pervenche Berès

Änderungsantrag 27
Ziffer 10 c (neu)

10c. *unterstützt in diesem Sinne die Bemühungen der Kommission, europaweit eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage festzulegen, die zu einer besseren Vergleichbarkeit beitragen wird, und verweist auf seinen einschlägigen Standpunkt in seiner Entschließung vom 13. Dezember 2005 zu der Besteuerung von Unternehmen in der Europäischen Union: Einheitliche konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage;*

Or. fr

Änderungsantrag von Benoît Hamon

Änderungsantrag 28
Ziffer 10 a (neu)

10a. ist besorgt über den Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten, die bemüht sind, die Niederlassung von KMU zu fördern, indem sie die Steuersätze reduzieren und Bemessungsgrundlagen festlegen, die möglichst „attraktiv“ sind, unterstützt in diesem Sinne die Bemühungen der Kommission, europaweit eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage festzulegen, die es vor einer echten Koordinierung der Steuerpolitiken erlauben wird, bezüglich dieser Wettbewerbsverzerrung Abhilfe zu schaffen;

Or. fr

Änderungsantrag von Sahra Wagenknecht

Änderungsantrag 29
Ziffer 10 a (neu)

10a. weist darauf hin, dass die Strategien der multinationalen Konzerne zur Minimierung ihrer Steuerlast (Transferpreise, konzerninterne Kredite) den Wettbewerb in der EU massiv verzerren; fordert die Kommission dazu auf, gegen das Steuerdumping großer Konzerne energisch vorzugehen;

Or. de

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 30
Ziffer 11

11. bekräftigt erneut, dass das Parlament eine stärkere Rolle bei der **Gestaltung des Wettbewerbsrechts** spielen muss; wozu auch gehört, dass ihm Mitentscheidungsbefugnisse in diesem Bereich übertragen werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag von Elisa Ferreira

Änderungsantrag 31
Ziffer 11 a (neu)

11a. verweist auf die Notwendigkeit, auf EU-Ebene einen adäquaten Kapazitätsaufbau zu

fördern, um der ehrgeizigen Agenda gerecht zu werden und mit gegebenenfalls mit hochqualifiziertem Personal besetzten Unternehmen und nationalen Regulierungsagenturen umgehen zu können;

Or. en

Änderungsantrag von Ieke van den Burg

Änderungsantrag 32

Ziffer 12 a (neu)

12a. empfiehlt als eines der Themen für den Austausch von Verfahren und die Koordinierung zwischen den nationalen Wettbewerbsbehörden (und möglicherweise für Vorgaben seitens der Europäischen Kommission) das Konzept, standardisierte oder minimale verbindliche oder empfohlene Tarife für Arbeiten festzulegen, die von Selbständigen oder freiberuflich Tätigen in niedrigen Einkommenskategorien geleistet werden, wobei den einander überschneidenden Zuständigkeitsbereichen Arbeitsrecht und Wettbewerbspolitik Rechnung zu tragen ist;

Or. en

Änderungsantrag von Benoît Hamon

Änderungsantrag 33

Ziffer 13

entfällt

Or. fr

Änderungsantrag von Heide Rühle and Alain Lipietz

Änderungsantrag 34

Ziffer 13

13. bringt seine Sorge über den bisher relativ erfolglosen Versuch zum Ausdruck, einen wirklichen Wettbewerb auf den Energiemärkten herbeizuführen, **trotz zwei Paketen von Liberalisierungsrichtlinien, die zu oft zu privaten Oligopolen führten**; stellt fest, dass **die Untersuchung der Kommission im Energiesektor zur Bewertung der Wettbewerbsbedingungen auf den europäischen Gas- und Elektrizitätsmärkten offenbart hat, dass** sich die Entflechtung der Eigentumsverhältnisse in vielen Mitgliedstaaten für die Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Wettbewerbs als nicht ausreichend erwiesen hat, da die sehr hohen Marktanteile etablierter Firmen mit einem unzureichenden Marktzugang und einem Marktausschluss gleichzusetzen sind;

Änderungsantrag von Heide Rühle and Alain Lipietz

Änderungsantrag 35
Ziffer 13 a (neu)

13a. vertritt nachdrücklich die Auffassung, dass die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen, die den Zugang neuer Marktteilnehmer ermöglicht und die Einführung neuer umweltfreundlicher Technologien erleichtert, eine Priorität sein muss; beglückwünscht diesbezüglich die Kommission zu der umfassenden Nutzung ihrer Befugnisse in Bezug auf wettbewerbswidrige Praktiken, die Kontrolle der staatlichen Beihilfen und die Vorschriften über die Fusionskontrolle mit Blick auf die Steigerung der Effizienz des Energiemarkts; begrüßt die Tatsache, dass parallel zu Durchsetzungsmaßnahmen in Einzelfällen die Untersuchung im Energiesektor eine wichtige Rolle bei der Tätigkeit der Kommission gespielt hat, die notwendigen Änderungen der Rechtsvorschriften vorzunehmen, so insbesondere eine angemessene Entflechtung der Netze und der Liefertätigkeiten zu verwirklichen, die Versäumnisse bezüglich der Rechtsvorschriften zu beheben, insbesondere in grenzüberschreitenden Fragen, die Marktkonzentration und die Einfuhrhemmnisse anzugehen und die Transparenz der Markttransaktionen zu stärken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, bei der Durchsetzung der Wettbewerbspolitik ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Anreizen für Ex-ante-Investitionen und Ex-post-Wettbewerb zu schaffen und die bestehenden Rechtsvorschriften im Einklang mit der Lissabon-Göteborg-Strategie und der Bekämpfung des Klimawandels zu überprüfen;

Or. en

Änderungsantrag von Benoît Hamon

Änderungsantrag 36
Ziffer 14

entfällt

Or. fr

Änderungsantrag von Heide Rühle and Alain Lipietz

Änderungsantrag 37
Ziffer 14

14. befürwortet das allgemeine Ziel der Untersuchung im Energiesektor, die Hemmnisse

anzugehen, die derzeit die Entwicklung eines EU-weiten Energiemarkts bis 1. Juli 2007 behindern; ist der Auffassung, dass die Vollendung der Entflechtung der Eigentumsverhältnisse im Energiesektor neben einer Zerschlagung der vertikalen Konzerne und der Gewährleistung der Voraussetzungen für einen wirksamen Marktzugang eine Priorität *ist*; vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass eine weitere Klärung der Strategien im Bereich der nationalen und europäischen Champions zu begrüßen wäre; *teilt auch die Ansichten der Kommission, dass die Befugnisse der nationalen Regulierungsstellen gestärkt werden müssen und dass die europäische Koordinierung ausgeweitet werden muss, insbesondere mit Blick auf grenzüberschreitende Fragen; fordert die Schaffung einer EU-Regulierungsstelle, deren ausschließliche Aufgabe die Aufarbeitung der derzeitigen grenzüberschreitenden Versäumnisse bezüglich der Rechtsvorschriften wäre;*

Or. en

Änderungsantrag von Gunnar Hökmark

Änderungsantrag 38
Ziffer 14

14. ***betont, dass der*** Vollendung der Entflechtung der Eigentumsverhältnisse im Energiesektor neben einer Zerschlagung der vertikalen Konzerne und der Gewährleistung der Voraussetzungen für einen wirksamen Marktzugang ***(Streichung)*** größere Priorität beigemessen werden sollte; ***(Streichung)***

Or. en

Änderungsantrag von Jonathan Evans

Änderungsantrag 39
Ziffer 14

14. ***fordert, dass der*** Vollendung der Entflechtung der Eigentumsverhältnisse im Energiesektor neben einer Zerschlagung der vertikalen Konzerne und der Gewährleistung der Voraussetzungen für einen wirksamen Marktzugang ***(Streichung)*** größere Priorität beigemessen ***wird***; vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass eine weitere Klärung der Strategien im Bereich der nationalen und europäischen Champions zu begrüßen wäre;

Or. en

Änderungsantrag von Elisa Ferreira

Änderungsantrag 40
Ziffer 14

14. fragt sich, ob *der* Vollendung der Entflechtung der Eigentumsverhältnisse im Energiesektor neben einer Zerschlagung der vertikalen Konzerne und der Gewährleistung der Voraussetzungen für einen wirksamen Marktzugang nicht eine größere Priorität beigemessen werden sollte; ***fordert die Kommission auf, weitere Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen und dabei auch Geldbußen gegen Unternehmen zu verhängen, die gegen die Wettbewerbsregeln verstoßen; ermutigt die Kommission, gegen die Mitgliedstaaten vorzugehen, die nationale Energieunternehmen übermäßig schützen;*** vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass eine weitere Klärung der Strategien im Bereich der nationalen und europäischen Champions zu begrüßen wäre;

Or. en

Änderungsantrag von Pervenche Berès

Änderungsantrag 41
Ziffer 14 a (neu)

- 14a. ersucht die Kommission, die Wettbewerbsbedingungen in Bezug auf Rating-Agenturen, Prüfungsgesellschaften und große Investitionsbanken zu prüfen;***

Or. fr

Änderungsantrag von Gunnar Hökmark

Änderungsantrag 42
Ziffer 14 a (neu)

- 14a. betont, dass das Wettbewerbsrecht auf alle Akteure auf dem europäischen Markt angewendet werden muss, unabhängig davon, ob ihre Zentralen innerhalb oder außerhalb der EU liegen, es ist wichtig, dass die Kommission gegenüber ausländischen und inländischen Unternehmen mit der gleichen Entschlossenheit und Konsequenz auftritt;***

Or. sv

Änderungsantrag von Heide Rühle and Alain Lipietz

Änderungsantrag 43
Ziffer 14 a (neu)

14a. begrüßt die Initiative der Kommission, eine Studie in Auftrag zu geben, um zu ermitteln, ob der Anstieg der Energiepreise hauptsächlich auf den Anstieg der Treibstoffpreise und den Effekt des EU-Emissionshandelssystems oder aber auf wettbewerbswidriges Verhalten der Marktteilnehmer zurückzuführen ist; teilt die Auffassung der Kommission, dass die Schaffung eines wettbewerbsfähigen Markts erheblich dazu beitragen wird, die Möglichkeiten für exzessive Gewinne von Energieunternehmen zu reduzieren;

Or. en

Änderungsantrag von Sahra Wagenknecht

Änderungsantrag 44
Ziffer 14 a (neu)

14a. ist der Ansicht, dass eine eigentumsrechtliche Entflechtung der großen Energiekonzerne nicht ausreichend ist, um die Dominanz marktbeherrschender Unternehmen im Energiesektor zu brechen; vertritt die Auffassung, dass zumindest die Energienetze in öffentliches Eigentum überführt werden müssen, um eine an ökologischen und sozialen Zielen orientierte Energiepolitik durchführen zu können;

Or. de

Änderungsantrag von Sahra Wagenknecht

Änderungsantrag 45
Ziffer 14 b (neu)

14b. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, auf eine Dezentralisierung von Energieproduktion und –vertrieb hinzuwirken; ist ferner der Ansicht, dass in kommunalem Besitz befindliche Energieversorger zur Daseinsvorsorge gehören und nicht entflochten werden müssen;

Or. de

Änderungsantrag von Elisa Ferreira

Änderungsantrag 46
Ziffer 15 a (neu)

15a. befürwortet das Ziel der Kommission, die Verbundfähigkeit der Infrastrukturnetze zu unterstützen; fordert, dabei den spezifischen Merkmalen der peripheren Märkte besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

Or. en

Änderungsantrag von Elisa Ferreira

Änderungsantrag 47
Ziffer 18 a (neu)

18a. begrüßt die Untersuchung der Kommission über Abhilfemaßnahmen bei Fusions­sachen, die sich mit den Auswirkungen der vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen im Zeitraum 1996-2000 befasst; vertritt die Auffassung, dass derartige Ex-post-Prüfungen wesentliche Einblicke eröffnen und daher auf weitere Maßnahmen zur Durchsetzung der Wettbewerbspolitik ausgeweitet werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 48
Ziffer 19

19. weist darauf hin, dass der Untersuchung der Kommission über Abhilfemaßnahmen bei Fusions­sachen zufolge die Wirksamkeit struktureller Abhilfemaßnahmen häufig durch das wettbewerbswidrige Verhalten der betroffenen Firmen **und staatlichen Behörden**, insbesondere durch Begrenzung des Marktzugangs, untergraben wird; fordert daher die Kommission auf, ihre Wachsamkeit hinsichtlich dieses möglichen Schlupflochs bei der Durchsetzung der Abhilfemaßnahmen bei Fusions­sachen zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag von Heide Rühle and Alain Lipietz

Änderungsantrag 49
Ziffer 20

20. **stellt fest, dass die Politik der staatlichen Beihilfen ein integraler Bestandteil der**

Wettbewerbspolitik ist und dass die Kontrolle der staatlichen Beihilfen Ausdruck der Notwendigkeit ist, gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen aufrechtzuerhalten, die auf dem europäischen Binnenmarkt tätig sind; begrüßt **in diesem Zusammenhang** die Bemühungen der Kommission um eine Erhöhung der Transparenz und eine Verstärkung der öffentlichen Rechenschaftspflicht bei den bestehenden Mechanismen staatlicher Beihilfen; spricht sich für weitere Bemühungen zur Verbesserung der Transparenz in diesem Bereich aus;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 50
Ziffer 20

20. begrüßt die Bemühungen der Kommission um eine Erhöhung der Transparenz und eine Verstärkung der öffentlichen Rechenschaftspflicht bei den bestehenden Mechanismen staatlicher Beihilfen; spricht sich für weitere Bemühungen zur Verbesserung der Transparenz in diesem Bereich aus; **betont darüber hinaus die Notwendigkeit klarer Kriterien für die Feststellung des Umfangs der staatlichen Beihilfen;**

Or. en

Änderungsantrag von Gunnar Hökmark

Änderungsantrag 51
Ziffer 20 a (neu)

- 20a. wiederholt seine frühere Forderung nach einer kontinuierlichen und offenen Berichterstattung über die Entwicklung der staatlichen Beihilfen mit Vergleichen zwischen den Mitgliedstaaten, um das gewünschte Ziel einer Verringerung derartiger Beihilfen zu erreichen;**

Or. sv

Änderungsantrag von Heide Rühle and Alain Lipietz

Änderungsantrag 52
Ziffer 20 a (neu)

- 20a. weist darauf hin, dass der EG-Vertrag in Artikel 86 und 87 ausdrücklich bestimmte Ausnahmen vom Verbot staatlicher Beihilfen zulässt, wenn die vorgeschlagene Beihilferegulierung eindeutig positive Konsequenzen für die Bevölkerung hat und der allgemeinen Tätigkeit der Union nicht schadet; betont insbesondere, dass staatliche**

Beihilfen genutzt werden können, um Marktversagen zu korrigieren und dadurch die Funktionsweise des Markts zu verbessern und die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, Differenzen beim Lebensstandard zwischen Regionen in der Europäischen Union zu verringern, politische Ziele wie F&E, Förderung von KMU, sozialen Zusammenhalt sowie Umwelt- und Kulturschutz zu verfolgen; erachtet es daher als wesentlich, bei der Bewertung, ob staatliche Beihilfen mit dem Vertrag vereinbar sind, das richtige Gleichgewicht zwischen den negativen Folgen staatlicher Beihilfen für den Wettbewerb und ihren positiven Konsequenzen in Bezug auf gemeinsame Interessen zu finden;

Or. en

Änderungsantrag von Sahra Wagenknecht

Änderungsantrag 53
Ziffer 22

entfällt

Or. de

Änderungsantrag von Heide Rühle and Alain Lipietz

Änderungsantrag 54
Ziffer 22

22. erinnert an den Grundsatz der Vereinbarkeit staatlicher Beihilfen mit der EU-Kohäsionspolitik; ***fordert die Kommission auf, mit Blick auf die Ziele der EU und ihre Kohäsionspolitik sicherzustellen, dass staatliche Beihilfen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen, indem sie die Verlagerung von Unternehmen aus einem in einen anderen Mitgliedstaat fördern, was dazu führen könnte, dass Unternehmen „subsidy-shopping“ (Suche nach den höchsten Subventionen) ohne irgendeinen Mehrwert für die gemeinsamen Ziele der EU betreiben und dass vor allem Arbeitsplätze in einer Region zugunsten einer anderen verlorengehen;*** weist darauf hin, dass einzelne, außerhalb der genehmigten Beihilferegulungen mit regionaler Zweckbestimmung bewilligte Regionalbeihilfen an sich höhere Risiken für eine Wettbewerbsverzerrung beinhalten;

Or. en

Änderungsantrag von Elisa Ferreira

Änderungsantrag 55
Ziffer 22 a (neu)

22a. begrüßt die gestiegene Sensibilität der Kommission mit Bezug auf die Ziele der Lissabon-Strategie im Kontext der Verwaltung staatlicher Beihilfen und die Bestrebungen, dass sich auch weniger entwickelte Regionen der Gemeinschaft nun mit solchen Fragen befassen;

Or. en

Änderungsantrag von Elisa Ferreira

Änderungsantrag 56
Ziffer 23 a (neu)

23a. fordert die Kommission auf, die Möglichkeit zu erwägen, die Dezentralisierung der Durchsetzung der EU-Wettbewerbsregeln, wie durch die Verordnung Nr. 1/2003 verankert, auf die Kontrolle der staatlichen Beihilfen auszuweiten; erkennt allerdings an, dass eine derartige Maßnahme über die normale Zusammenarbeit zwischen den nationalen Wettbewerbsbehörden und der Kommission hinausginge und bezüglich des institutionellen Rahmens ein hohes Maß an Effektivität erfordern würde;

Or. en

Änderungsantrag von Elisa Ferreira

Änderungsantrag 57
Ziffer 23 b (neu)

23b. weist darauf hin, dass gewährleistet werden muss, dass die Einhaltung der EU-Zielsetzungen in Bezug auf die Klimakontrolle, kombiniert mit staatlichen Beihilfen im Umweltbereich, über verschiedene Länder und Bereiche hinweg mit den Wettbewerbszielen vereinbar ist; fordert die Kommission auf, sich bei der bevorstehenden Überprüfung der Gruppenfreistellung für staatliche Beihilfen im Umweltbereich mit diesem Thema zu befassen;

Or. en

Änderungsantrag von Elisa Ferreira

Änderungsantrag 58
Ziffer 23 c (neu)

23c. begrüßt die Fortschritte im Kontext der bilateralen Zusammenarbeit mit den wichtigsten Partnern der EU, nämlich den USA, Kanada, Japan und Korea, einschließlich eines Dialogs über Themen von gemeinsamem Interesse, nämlich Abhilfemaßnahmen in Fusionsfällen und Kartelluntersuchungen; vertritt die Auffassung, dass diese Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung ist, um die konsequente Durchsetzung von Beschlüssen in Fällen mit Auswirkungen auf mehrere Partner zu erreichen,

Or. en

Änderungsantrag von Elisa Ferreira

Änderungsantrag 59
Ziffer 23 d (neu)

23d. befürwortet die Zusammenarbeit der Kommission mit den chinesischen Behörden im Hinblick auf die Einrichtung einer Wettbewerbsbehörde in diesem Land; fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen im Hinblick auf die Verankerung einer effektiven Wettbewerbskultur in diesem Land fortzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag von Gunnar Hökmark

Änderungsantrag 60
Ziffer 23 a (neu)

23a. betont, dass die Analysen der Kommission bezüglich der Wettbewerbssituation in verschiedenen Sektoren mit Blick auf den Erwerb von Unternehmen unter Berücksichtigung des gesamten Binnenmarkts und nicht hauptsächlich mit Blick auf die Situation auf dem lokalen und nationalen Markt erfolgen sollten;

Or. sv

Änderungsantrag von Sahra Wagenknecht

Änderungsantrag 61
Ziffer 24

entfällt

Or. de

Änderungsantrag von Jonathan Evans

Änderungsantrag 62
Ziffer 24 a (neu)

24a. fordert die Kommission und den Rat auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen bei der Organisation der Initiative eines EU-Wettbewerbstags zu verbessern und stärker zu konzentrieren, um den europäischen Verbrauchern und Bürgern die entscheidende Bedeutung der EU-Wettbewerbspolitik bei der Schaffung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen in der gesamten EU aufzuzeigen;

Or. en